

Griechenland

Peter A. Zervakis

Der Premierminister der konservativen Regierungspartei ND, Kóstas Karamanlís, nutzte seinen nach allen Meinungsumfragen deutlichen Vorsprung gegenüber dem Führer der stärksten Oppositionspartei PASOK, Giórgos Papandréou, und ließ das Parlament erwartungsgemäß und verfassungskonform im Sommer 2007 vorzeitig auflösen – mehr als ein halbes Jahr vor dem Ende der regulären Legislaturperiode.¹ Durch sein umsichtiges Vorgehen bei den anstehenden Sozialreformen vermied Karamanlís den unversöhnlichen Konflikt mit den mächtigen Gewerkschaften und Verbänden. Aus mehreren Skandalen, z.B. einer Telefon-Abhöraffäre, konnte er sich persönlich heraushalten. Verbessert wurden seine Aussichten auf Wiederwahl weiterhin dadurch, dass Papandréou es versäumte, echte Sachalternativen in wichtigen Reformfeldern zu entwickeln. Wie sein verstorbener Vater „Andréas“ fiel er in der Partei durch einsame und umstrittene Personalentscheidungen bei der Aufstellung der Kandidatenlisten auf.² Er geriet zudem in der von einer breiten Öffentlichkeit leidenschaftlich geführten Debatte um die Novellierung des Artikels 16 der griechischen Verfassung in Widerspruch zur Mehrheit der PASOK-Mitglieder. Aufgrund seines „demokratisch-sozialen“ Charakters garantiert der Verfassungsartikel allen Bürgern u.a. die „kostenlose Bildung in allen ihren Stufen“ einschließlich der Hochschulbildung, jedoch „ausschließlich“ an öffentlichen Institutionen, und verbietet ausdrücklich die Gründung staatlich anerkannter privater Hochschulen. Während der Parteichef einer moderaten Revision des Verfassungsartikels zunächst zustimmte, fand eine Unterschriftenaktion gegen die Neufassung große Unterstützung beim Parteivolk. Daraufhin zog sich die PASOK-Fraktion vom parlamentarischen Verfassungsänderungsprozess zurück und brachte diesen wegen der fehlenden Dreifünftel-Mehrheit vorläufig zu Fall.³ Im Wahlkampf verdrängten allerdings die verheerenden Waldbrände das brisante Hochschulbildungsthema.⁴

Die Parlamentswahlen vom September 2007

Als Folge des revidierten Wahlgesetzes wurden trotz der Drei-Prozent-Klausel keine klaren Mehrheitsverhältnisse erwartet, so dass Karamanlís vorsorglich Neuwahlen in Aussicht stellte, falls er die Regierungsmehrheit verlöre.⁵ Tatsächlich fällt am Wahlergebnis auf, dass alle drei

1 Vgl. Elias Dinas: The Greek General Election of 2007: You Cannot Lose if your Opponent Cannot Win, in: West European Politics 31 (2008) 3, S. 600-607; Kostas Gemesis: The 2007 Parliamentary Election in Greece, in: Mediterranean Politics 13 (2008) 1, S. 95-101; Stratos Patrikios/Georgios Karyotis: The Greek Parliamentary Election of 2007, in Electoral Studies 27 (2008), S. 356-390 und Wikipedia: Greek Legislative Election, 2007, in: http://en.wikipedia.org/wiki/Greeklegislativeelection_2007, S. 1-5, hier S. 2-3.

2 Vgl. Peter Zervakis/Gustav Auernheimer: Das politische System Griechenlands, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): Die politischen Systeme Westeuropas, 4., aktualisierte Auflage, Wiesbaden 2008 (im Erscheinen).

3 Gustav Auernheimer: Das Bildungssystem Griechenlands: Strukturen und aktuelle Probleme, in: Südosteuropa 55 (2007) 2-3, S. 301-314, hier S. 301, 310.

4 Vgl. John Karamichas: The Impact of the Summer 2007 Forest Fires in Greece: Recent Environmental Mobilizations, Cyber-activism and Electoral Performance, in: South European Society and Politics 12 (2007) 4, S. 521-533.

5 Wikipedia, Greek legislative election, 2007, S. 1 (Anm.1).

kleinen Parlamentsparteien auf Kosten der beiden Großparteien Stimmenzuwächse zusammen in Höhe von etwa sechs Prozent erzielen (vgl. Tabelle 1). Die PASOK konnte nicht von der Schwäche der ND profitieren, denn deren Stimmverluste kamen der rechtspopulistischen LAOS zugute, die erstmals den Sprung ins Parlament schaffte. Den Stimmenrückgang der PASOK nutzten hingegen die beiden Linksparteien KKE und SYRITZA. Erstmals seit 1996 sind wieder fünf Parteien im Parlament vertreten und mit der LAOS seit 1977 wieder eine rechtsextreme Partei.⁶ Ihre Kernthemen bestehen aus xenophobischen Reaktionen gegenüber den Flüchtlingsmigranten, eine harte ethnozentrische Haltung in der Außenpolitik (etwa im Namensstreit mit Mazedonien) und die Ablehnung von Modernisierung und Europäischer Union (EU) zu Gunsten von staatsorthodoxen Traditionen und Werthaltungen.⁷ Wie bei ähnlichen Parteiengruppierungen in anderen europäischen Ländern sind unter ihren Wählern junge Männer überrepräsentiert. Trotzdem ist LAOS-Parteiführer Geórgios Karatzaféris in der Lage, nicht nur Extremisten und Modernisierungsverlierer sondern auch städtische Mittelschichten anzusprechen. Protestwähler unterschiedlichster Couleur werden in Zukunft als unberechenbare Kraft im griechischen Parteiensystem stärker zu berücksichtigen sein.⁸

Tabelle 1: Die Wahlen vom 16. September 2007 ergaben folgenden Stimmenanteil in Prozenten, unter Berücksichtigung der Veränderungen gegenüber 2004⁹

Wahlberechtigte: 9 921 893
 Gültige Stimmen: 7 160 265
 Wahlbeteiligung: 74,14 Prozent

Parteien	in Prozent	Sitze im Parlament (max. 300)
ND (Neue Demokratie)	41,83 (- 3,53)	152 (- 13)
PASOK (Panhellenische Sozialistische Bewegung)	38,10 (- 2,45)	102 (- 15)
KKE (Kommunistische Partei Griechenlands)	8,15 (+2,26)	22 (+ 10)
SYRIZA (vorher SYN, Bündnis der radikalen Linken)	5,04 (+1,78)	14 (+ 8)
LAOS (Sammlung der Volksorthodoxie)	3,80 (+1,61)	10 (+ 10)
Ökologen/Grüne	1,05 -	-*
Sonstige	2,00 (+1,10)	-*

* Der Gesetzgeber sieht eine 3%-Klausel für den Einzug in das Parlament vor.

Quelle: Die Zusammenstellung der offiziellen Wahlergebnisse erfolgte durch den Autor in Anlehnung an die Daten des griechischen Innenministeriums zitiert in: Wikipedia: Greek legislative election, 2007, S. 4.

6 Zervakis/Auernheimer: Das politische System, 2008 (im Erscheinen).

7 Vgl. Peter Zervakis: Der Hellenozentrismus als Fremdkörper in der Europäischen Union?, in: Franz Knipping/Matthias Schönwald (Hrsg.): Aufbruch zum Europa der zweiten Generation, Trier 2004, S. 405-431.

8 Vgl. die Wahlanalysen in: Wissenschaft und Gesellschaft [griechisch], 19 (2008), S. 159-272 und Griechische Revue der Politischen Wissenschaft [griechisch], 31 (2008), S. 49-172.

9 Vgl. Peter A. Zervakis: Griechenland, in: Jahrbuch der Europäischen Integration 2005, S. 337-342, hier S. 342.

Streit um die Umsetzung der Bologna-Reformen im Hochschulsektor

Griechenland weist europaweit die ältesten und mit 13 Prozent den höchsten Anteil von im Ausland Studierenden (meist Postgraduierte) auf (EU-Durchschnitt ca. 2-3 Prozent). Etwa eine Milliarde Euro geben vor allem die Eltern der Studierenden jährlich für das Auslandsstudium aus, was in etwa den gesamten staatlichen Zuwendungen für die Hochschulen entspricht.¹⁰ Alarmiert von diesen Zahlen und vom negativen Image des ewigen Nachzüglers im Kreis der Mitglieder des „Bologna Clubs“ verabschiedete die Regierung Karamanlis in der ersten Legislaturperiode eine Kaskade von Gesetzesreformen, um das Hochschulwesen schnell an die Bologna-Standards des „gemeinsamen europäischen Hochschulraums“ anzupassen (u.a. zweistufiger Studienabschluss, Beschränkung der Studiendauer, vierjährige Entwicklungspläne).¹¹ Diese von der ehemaligen Bildungsministerin Mariëtta Giannákou ungeschickt kommunizierten Reformen, die ihr das Abgeordnetenmandat kosteten, mobilisierten die Betroffenen und stießen auf den heftigen Widerstand bei Teilen der gewerkschaftlich-parteilpolitisch organisierten Studierenden und Lehrenden. Diese halten das neue Hochschulrahmengesetz (Nr. 3549/2007) für eine „Degradierung“ und „Ökonomisierung“ der exklusiv staatlich finanzierten Hochschulbildung. Dahinter steckt auch die Angst vor dem Verlust ihrer angestammten, aber nicht mehr zeitgemäßen Privilegien und überzogenen Mitbestimmungsrechte (40 Prozent „professionelle Studenten“, Beamtenstatus der Lehrenden¹², Nepotismus, parteipolischer Klientelismus bei „demokratischen“ Hausberufungen und Rektoratswahlen, korporatistische Hochschulstrukturen, großzügiges Universitätsasyl).¹³ Die Zulassung privater Universitäten, so ihre Lesart, bedeutet „Konkurrenz“ für die staatlichen Hochschulen und könnte zur Einführung von bisher fehlenden nationalen Leistungs- und Qualitätssicherungsbewertungen bei der staatlichen Mittelvergabe sowie zu Studiengebühren führen.¹⁴ Monatelange, landesweite Universitätsbesetzungen und teilweise gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei prägten die Studienjahre von 2006 bis 2008.¹⁵

Trotzdem geht die knapp wiedergewählte Regierung mit der Vorlage eines neuen Gesetzentwurfs über den Betrieb von (privaten) „Colleges“ durch den sich versöhnlicher und aufgeschlossener gebenden Nachfolger im Amt des Bildungsministers, Evripídis Styli-

-
- 10 Die Staatsausgaben für die etwa 300.000 Studierenden betragen jährlich 4.200 Euro/Student, was nicht einmal die Hälfte des EU-Durchschnitts von 9.000 Euro ausmacht. Auernheimer: *Bildungssystem*, 2007, S. 302. Aristotelis Stamoulas: *Implementation of the Bologna Process Goals: On Greek State Funding*, in: *Higher Education in Europe*, 30 (2005) 1, S. 41-51, hier S. 42-43 und Giovanni Angioni: *Hände weg von den Universitäten in Griechenland*, in: *cafebabel.com* vom 10.07.2007.
- 11 Zwischen 2004-2007 wurden 16 Reformgesetze verabschiedet. Foteini Asderaki: *Implementing Bologna: The Greek Case*, in: *European University Association: Bologna Handbook: Making Bologna Work*, Berlin and Brussels 2008, C 3.9-2, S. 1-23, hier S. 14.
- 12 „Jeder zehnte Grieche steht auf der Gehaltsliste der Regierung“, in *Griechenland Zeitung (GZ)* vom 11.06.2008, S. 4.
- 13 Ebenda, S. 7-9 und Auernheimer, *Bildungssystem*, S. 307-311. Vgl. *GZ* in: http://www.griechenland.net/news_results.php.
- 14 Asderaki: *Implementing Bologna*, S. 16-19. Vgl. Harilaos Billiris: *The National System of Higher Education in Greece: Waiting for a Systematic Quality Assurance System*, in: Stefanie Schwarz/Don F. Westerheijden (Hrsg.): *Accreditation and Evaluation in the European Higher Education Area*, London u.a. 2004, S. 197-205.
- 15 Vgl. *Griechenland Zeitung (GZ)* unter http://www.griechenland.net/news_results.php. Thános Verémis, Präsident des Nationalen Bildungsrats (ESYP), schätzt, dass bis zu 40 Prozent der Lehrveranstaltungen ausfielen (*GZ* vom 23.7.2008, S. 7).

anidis, einen erneuten Konflikt nicht aus dem Weg und nimmt einen „heißen Herbst“ in Kauf, um endlich die „Herrschaft des Korporatismus zu brechen“.¹⁶

Ungeachtet der innenpolitischen Auseinandersetzungen steht die griechische Regierung in der umstrittenen Frage der Privathochschulen auch unter dem Druck der EU. Die EU-Richtlinie 2005/36 fordert die gegenseitige Anerkennung der Hochschulabschlüsse in allen Mitgliedstaaten vor. Wenn eine öffentliche oder private Hochschule eine Niederlassung in einem anderen Land eröffnet, so ist in diesem der Abschluss anzuerkennen, insoweit der Studiengang den Vorschriften des Sitzlandes der Institution entspricht. Zur Anerkennung ausländischer Studienabschlüsse (nicht aber zur Akkreditierung) gibt es zwar eine eigene Behörde (Hellenic NARIC-DOATAP), die jedoch wegen diverser Korruptionsskandale völlig reorganisiert werden mußte.¹⁷ Mit ihrer starren Haltung zu bilateralen Äquivalenzabkommen stößt sie nicht nur bei den im Ausland studierenden Griechen auf Unverständnis.

Allerdings wird das öffentliche Hochschulwesen weniger von Privatuniversitäten bedroht¹⁸ als von den unterschiedlichen politischen Agenden seiner unterschiedlichen Akteure. Während Gewerkschaften und Oppositionsparteien kritisieren, dass die Gesetze ohne hinreichende Konsultation durchgepeitscht werden und das Bildungssystem als exklusives nationales Politikfeld unter keinen Umständen privatisiert werden dürfe, führt die Regierung die akademische Welt wegen ihrer Verweigerungshaltung vor, vermeidet aber das Problem der chronischen Unterfinanzierung anzusprechen. Dagegen heben die meisten Hochschulrektoren hervor, dass die Gesetzgebung den Modernisierungsprozess ihrer Institutionen entscheidend verbessert habe und unterstützen die Umsetzung. Sie beklagen allerfalls einige Ungereimtheiten, wie z.B. die rechtliche Gleichsetzung von drei- und fünfjährigen Studienprogrammen und die langsame Implementierungsrate, die von großen Unterschieden in der finanziellen Ausstattung zwischen den Hochschulen geprägt sei. Die Regierung befürchtet, dass das schwach entwickelte Land ohne die Reformdynamik von Bologna und ergänzende Finanzierungsquellen hoffnungslos den Anschluss an Exzellenz in Wissenschaft und Forschung verlieren könnte. So drohte Stylianidis kürzlich den Kanzlern mit dem Entzug der staatlichen Finanzierung, falls sie die neuen Regeln zur qualitätsorientierten Hochschulsteuerung nicht unverzüglich anwendeten. Diese empfanden die Disziplinierungsversuche als Hohn gegenüber dem Anspruch auf freie, autonome und demokratische Hochschulen. Auf dem Weg zu einer demokratischen Wissensgesellschaft in Europa müssen Politik und akademische Welt stärker aufeinander zugehen, um akzeptable Lösungen im Dialog und in Kooperation zu finden.¹⁹

Weiterführende Literatur

- Kyriazis, Athanasios/Asderaki, Foteini: Higher Education in Greece, Bucharest 2008 (UNESCO-CEPES Monographs in Higher Education).
- Peter A. Zervakis/Antonis Chanos: Gesetzgebung im politischen System Griechenlands, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): Gesetzgebung in Westeuropa. EU-Staaten und Europäische Union, Opladen 2008, S. 615-651.

16 Verémis, ebenda.

17 Auernheimer, Bildungssystem, S. 302.

18 An den griechischen Zweigstellen anglo-amerikanischer Universitäten studieren nur ca. 20.000 Personen, die jährlich etwa 120 Millionen Euro aufwenden (GZ vom 7.2.2007, S. 4).

19 Makki Marseilles: Greece: Diverging views, patchy execution of Bologna, in: University World News vom 9.3.2008, S. 1-2.